74. Jahrgang. Nr. 257

Dienstag, 3. Juni 1930

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr vom 1. bis 15. Juni 1930 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 RM. Postbezugspreis für Monat Juni 2.40 RM. einschl. 96 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr). Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 100 Pfg., außerhalb 150 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Italienische Paneuropavorschläge

Sechs Forderungen Arnaldo Mussolinis

Berlin, 2. Juni. Nach Meldungen aus Mailand setzt Arnaldo Mussolini, der Bruder des italienischen Ministerpräsidenten, Briands Paneuropa ein italienisches Programm entgegen, in dem die folgenden Forderungen aufgestellt werden:

1. Revision verschiedener Friedensverträge.

2. Rüstungsgleichheit, nicht nur ausschließlich auf Italien bezogen.

3. Gerechte Verteilung der Kolonien.

4. Ausschaltung der geheimen Einflüsse in der Politik der einzelnen Länder.

5. Anerkennung der Autorität, die das jeweilige Herrschaftssystem darstellt.

Als sechsten Punkt nennt Mussolini eine grundsätzliche Verständigung über Zoll- und Wirtschaftsfragen.

*

Ohne Zweifel ist das ein Paneuropa-Programm, das auch in Deutschland Sympathien finden könnte. Aber es hat doch nur rhetorischen Wert. Mussolini will nur damit zeigen, wie weit wir von einem wahren Paneuropa entfernt sind und wie wenig die „Siegerstaaten" des Westens an eine ernsthafte Reform der europäischen Situation denken; er will sagen, daß bis dahin, auf lange Zeit hinaus, eben noch die alten Gesetze im Leben der Völker entscheiden: Der Wille zur Macht, das Recht des stärkeren und jüngeren Volkes.

Eine Zentrumsantwort auf Briands Memorandum

Berlin, 2. Juni. Im „Staatsschiff" veröffentlicht der dem Reichskanzler Brüning nahestehende Zentrumsabgeordnete Bockius unter der Ueberschrift: „Wollte der Reichstag Paneuropa" eine bemerkenswerte Antwort auf Briands Paneuropavorschlag. Er weist einleitend darauf hin,

daß es dem Reichstag nicht möglich gewesen wäre, den Youngplan anzunehmen, ohne daß die berühmte Reichstagsentschließung Nummer 1734 angenommen worden wäre.

Diese Entschließung fordert bekanntlich eine Revision des Versailler Vertrages und die Aufhebung der Reparationsverträge auf Grund einer solchen Revision. Bockius führt aus, daß der Neue Plan lediglich Höhe und Dauer der Raten festsetze, aber nicht den Rechtsanspruch der Gläubiger untersuche, also die Frage, ob Deutschland überhaupt diesen Betrag schulde. Die Entschließung verlange ferner die Wiederherstellung der Ehre der deutschen Nation (Kriegsschuldartikel 231 des Versailler Vertrages), seiner Freiheit und Gleichberechtigung. Diese Entschließung enthalte das einmütige Wollen der gesamten deutschen Nation, sie sei nicht etwa nur eine Parteiforderung der Rechten. Wenn es längst Weltmeinung geworden sei, daß die sogenannte Kriegsschuldlüge, Artikel 231 des Versailler Vertrags, eine Lüge sei, warum solle man dem deutschen Volk noch weiter solche Schmach zumuten? Die Ueberzeugung der ungerechten Zahlungsauflage werde in Europa eine wirkliche Liquidation der Vergangenheit nie herbeiführen und nie einen sicheren Friedenszustand zwischen den Völkern entstehen lassen. Es komme hinzu, daß die kriegführenden alliierten Länder Europas enorme Verpflichtungen an Amerika übernehmen mußten.

Es wäre daher eine der ersten Aufgaben von Paneuropa, geschlossen Amerika gegenüber das Verlangen der Schuldenstreichung zu erzielen.

Jetzt, wo nach der Initiative Briands die europäischen Verhältnisse sich in einer konkreten Form gestalten sollten, sei es die Aufgabe der Reichsregierung, die Stellung Deutschlands zu einem Paneuropa mit Offenheit darzulegen. Nur so könne Paneuropa der Weg geebnet werden. Dabei werde die Reichsregierung der Entschließung nur dann gerecht werden, wenn sie der Ostfrage, besonders dem Korridorproblem, der Frage der deutschen Souveränität im Rheinland und der Anschlußfrage, als dem Kernproblem der deutschen Außenpolitik, ihr Augenmerk zuwende.

Massendesertion von Algeriern an der pfälzischen Grenze

Landau, 2. Juni. In der elsässischen Grenzstadt Weißenburg sind zur Zeit einige hundert algerische Schützen zusammengezogen, die staffelweise zur Arbeitsdienstleistung bei der Räumung der französischen Garnisonen in der Pfalz eingesetzt werden. Auch in Landau befindet sich ein solches Arbeitskommando, das hundert Mann stark ist. Am Sonnabend und Sonntag ist es zu einer Massendesertion bei diesen algerischen Truppen gekommen. Man spricht von etwa 40 Mann, die in kleinen Gruppen Weißenburg verließen, und über die pfälzisch-elsässische Grenze in den Bienwald entweichen konnten, von wo sie über den Rhein in das rechtsrheinische deutsche Gebiet zu entkommen versuchen. Die französische Gendarmerie hat die Verfolgung der Deserteure aufgenommen und in Kandel sechs Flüchtlinge aufgegriffen, die sich auf dem Wege nach dem Rheinübergang befanden. In Landau wurden die Wirtschaften, in denen Soldaten zu verkehren pflegen, mehrmals nach Flüchtlingen durchsucht. Die französischen Behörden hüllen sich im übrigen über die Vorkommnisse in Schweigen.

Französische Flieger verlassen den Rhein

Paris, 2. Juni. Wie Havas aus Mainz berichtet, haben gestern die letzten Flugzeuge des am Rhein stehenden 33. Fliegerregiments das Rheinland verlassen und Mainz überflogen. Sie sind auf folgende Garnisonen verteilt worden: Tours, Nancy, Châteauroux und Châlons.

Warum es bei der Liste „Sächsisches Landvolk" bleiben muß

Von Freigutsbesitzer Schladebach, Vorsitzender des Sächsischen Landbundes

Die Landvolkabgeordneten haben am 20. Mai mit den anderen bürgerlichen Parteien, die ihre Stimme dem Präsidenten Schieck gegeben hatten, gegen die Landtagsauflösung gestimmt. Diese Stellungnahme war selbstverständlich und wird überall draußen im Lande gebilligt werden müssen.

Die Landtagsauflösung ist von den Marxisten und den Nationalsozialisten nicht aus sachlichen, sondern aus rein parteipolitischen Gründen herbeigeführt worden. Der Sächsische Landbund hat nunmehr die Pflicht, mit einer klaren Wahlparole vor seine Mitglieder und Anhänger zu treten.

Die Vertreterversammlung des Sächsischen Landbundes hat sich einstimmig für den berufsständischen Gedanken erklärt und beschlossen, wiederum mit der Liste „Sächsisches Landvolk", auf die schon bei der Reichstagswahl 1928 und bei der Landtagswahl 1929 gewählt worden ist, in den Wahlkampf zu treten. Mit der Parteileitung der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei in Weimar ist die Fühlung aufgenommen und volle gegenseitige Verständigung erzielt worden. Die Liste „Sächsisches Landvolk" wird von der Parteileitung der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei in jeder Weise unterstützt und ihre Anhänger im Freistaat Sachsen werden zur Wahl dieser Liste aufgefordert.

Ich habe wiederholt mit aller Deutlichkeit der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Geschlossenheit und Einigkeit im Landbund gerade in der jetzigen wirtschaftlich so schweren Notzeit gewahrt werden müssen. Die schwierige Aufgabe, die unser Reichslandbundpräsident Schiele bei seinem Eintritt in das Kabinett Brüning mit Zustimmung des Reichslandbundes übernommen hat, erfordert es, daß die Landbündler einig und geschlossen hinter ihren bewährten Führer treten. Nur dann ist es möglich, daß die großen Schwierigkeiten, die auch wir nicht unterschätzen, von ihm trotz aller Widerstände überwunden werden. Schieles Beteiligung an der Regierung wird von verschiedenen politischen Parteien, die auch jetzt im Wahlkampf wieder um die Stimme der Bauern werben, oft unter Ausschaltung jeder Sachlichkeit stark bekämpft. Durch das Hineintragen politischer Gegensätze in die Reihen des Landbundes wird aber die erforderliche Einigkeit und Geschlossenheit im Landbund nicht erreicht.

Daß der berufsständische Gedanke gerade jetzt immer mehr Gefolgschaft gewinnt, ist mir durchaus erklärlich: „Die wirtschaftliche Not zwingt uns auf diesen Weg!" Die von Berufenen und öfter noch von Unberufenen vertretene Meinung, daß berufsständisch eingestellte Parteien und Fraktionen nicht in die Parlamente hineingehören und für die Berufsständler ein zweites, besonderes Parlament geschaffen werden müßte, kann ich nicht als zutreffend anerkennen. Solange wir eben das heutige parlamentarische System haben, müssen wir auch, schon aus Gründen der Selbsterhaltung, in den Parlamenten berufsständische Gruppen bilden.

Im Landesparlament, in dem die großen Weltanschauungsfragen und vor allen Dingen die Fragen der Außenpolitik nicht die Rolle spielen wie im Reichstag, halte ich die berufsständische Vertretung, die gegenüber der marxistischen Linken die Forderungen der Wirtschaft in den Vordergrund stellt und den Begriff und den Standpunkt des Privateigentums klar und eindeutig vertritt, für durchaus keinen Fehler. Falsch und völlig abwegig ist auch die Behauptung, daß von den Vertretern des berufsständischen Gedankens die nationalen und die kulturellen Belange im Parlament vernachlässigt würden. Die Landvolkabgeordneten werden, wie schon immer, stets in nationalen Fragen und in Fragen der christlichen Weltanschauung den anderen, diese Belange vertretenden Parteien treu zur Seite stehen. Der vaterlandslose und der gottlose Bauer ist ein Zerrbild! Der Bauer ist durch seine Arbeit auf der Scholle und in der Natur mit Gott und dem Vaterland täglich und stündlich aufs engste verbunden; er wird deshalb stets zu den zuverlässigsten Verfechtern der christlichen und vaterländischen Weltanschauung zählen.

Dies hat der Bauer auch in schwierigster Zeit durch die Tat bewiesen — sein Verantwortungsgefühl der Allgemeinheit gegenüber steht für ihn nicht nur auf dem Papier!

Auch ich bin mir darüber klar, daß letzte Entscheidungen nicht in den Parlamenten fallen, aber solange wir dieses System haben, müssen wir auch alles und alle daran setzen, um den Untergang der Landwirtschaft zu verhindern. Diesem Ziel gilt die unermüdliche Arbeit des Landbundes seit mehr als zehn Jahren. Nur wenn es gelingt, die deutsche Landwirtschaft über die schwere Krise hinwegzuführen, nur wenn es gelingt, sie am Leben zu erhalten, nur dann wird es einen Wiederaufstieg in Deutschland geben. Nationale Freiheit kann nur errungen werden, wenn es eine leistungsfähige, auch innerlich gesunde, deutsche Landwirtschaft gibt. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, dann ist die Landwirtschaft auch fähig, ihren großen Aufgaben gegenüber Volk und Vaterland gerecht zu werden. Nationale Freiheit kann nur auf dem Boden der Nahrungsfreiheit und wieder errungenen Rentabilität der Landwirtschaft gedeihen!

Aus diesem Grunde ist unsere berufsständische Politik keine kleinliche Interessenpolitik, sondern wir treiben damit zugleich nationale Befreiungspolitik. Schlägt einmal die Entscheidungsstunde, dann wird das berufsständisch gesammelte Landvolk einig und geschlossen an die Seite derjenigen

Die Botschafter für London und Rom ernannt

Berlin, 2. Juni. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat die in Aussicht genommenen Ernennungen für die Botschafterposten in London und Rom sowie für den Posten des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes nunmehr vollzogen. Botschafter Sthamer in London wird am 1. Oktober dieses Jahres in den Ruhestand treten. Zu seinem Nachfolger ist der Botschafter in Rom Freiherr von Neurath, zum Botschafter in Rom der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schubert und zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes der Dirigent Bernhard von Bülow ernannt worden. von Schubert wird die Geschäfte des Staatssekretärs seinem Nachfolger in der zweiten Hälfte des Juni übergeben.

von Schubert
der neue Botschafter in Rom

von Bülow
Staatssekretär des Auswärtigen Amtes